

Reformunfähiges Amerika am 4. Juli

Wer erinnert sich nicht noch an die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts, als in den internationalen Medien ein Abgesang auf den „rheinischen Kapitalismus“ erscholl, der als reformunfähig galt.

Zugleich wurde das Loblied auf den angelsächsischen Finanzkapitalismus gesungen, der vor allem viel anpassungsfähiger an neue Gegebenheiten sei. Fast zwanzig Jahre später offenbart sich diese Wahrnehmung als Trugschluss. Vor allem die Reformen der Agenda 2010 des selbst bei seiner eigenen Partei in Ungnade gefallenen großen Reformkanzlers Gerhard Schröder, haben Deutschland als reformfähiges Land, vor allem im Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn etabliert, wenngleich die Nachfolgerin von Schröder die Bundesrepublik, wie schon der vor kurzem verstorbene Altkanzler Kohl, eher als Verwalterin des Status Quo führt.

Spannender sind jedoch die Entwicklungen in Großbritannien und vor allem in den Vereinigten Staaten, wo mit dem Einzug von Donald Trump ein Gezeitenwandel stattgefunden hat. Es mag Trump später als großen Verdienst angerechnet werden, dass er die seit langem bekannten Schwächen der USA hat deutlich zutage treten lassen. Vor allem die z.T. feh-

lende Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen produzierenden Industrie lassen sich durch ein andauerndes Gejammer über vermeintlich unfaire Handelsabkommen nicht mehr kaschieren. Und das politische System ist nicht zuletzt deshalb so dysfunktional, weil es in seinen Grundstrukturen



seit 250 Jahren kaum modernisiert und somit den Erfordernissen der technischen, kulturellen und soziodemographischen Entwicklungen angepasst wurde. Obendrein sind die öffentlichen Finanzen in einem höchst beklagenswerten Zustand, wie man an

der Insolvenz Detroits, dem Schrottstatus Illinois und dem Bankrott Puerto Ricos leicht nachverfolgen kann, um nur einige Beispiele zu nennen. Am deutlichsten sichtbar wurde der Zustand des Regierungshandelns bei der Besetzung des Obersten Gerichtes der USA im letzten Jahr, als es Präsident Obama entgegen gängiger Gepflogenheit verwehrt wurde, seinen Kandidaten für dieses wichtige Amt durchzusetzen. Weitere Beispiele gefällig: Kalifornien stellt im US-Senat trotz seiner Größe und Bedeutung ebenso nur zwei Senatoren im Senat wie Vermont, oder Idaho. Überhaupt ist das Wahlsystem mit seinem „Electoral College“ antiquiert und nicht repräsentativ für die Bevölkerung. Über das Besteuerungssystem ließe sich problemlos das Gleiche sagen, wenn man bedenkt, dass international agierende amerikanische Großunternehmen recht geringe effektive Steuern im Vergleich zu rein domestisch tätigen Gesellschaften zahlen.

Nachgerade dramatisch stellt sich das Bild bei der Betrachtung der

Verkehrsinfrastruktur dar, wo es an einem zeitgemäßen Bahnsystem gänzlich fehlt und viele Straßen und Brücken aus dem letzten Loch pfeifen. Lediglich im Militärbereich hat es nie an öffentlichen Investitionen gefehlt, wenngleich aber anzunehmen ist, dass höhere Investitionen in die zivile Infrastruktur wesentlich bessere Wachstumspotentiale freilegen würden. Schließlich sei noch das Gesundheitswesen genannt, welches mittlerweile knapp 20% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht und die USA als Standort enorm teuer macht. Wie jedermann seit Jahrzehnten beobachten kann gelingt es der politischen Elite des Landes nicht, ein geeignetes Krankenversicherungssystem für alle Bürger auf die Beine zu stellen. Wie rückständig die in die Jahre gekommene US-

Verfassung ist, zeigt sich möglicherweise am eindringlichsten an den amerikanischen Waffengesetzen, die zu einer Zeit, als es Bären, Pumas und andere Raubtiere ebenso in Hülle und Fülle gab wie Indianer, mag der Waffenbesitz sinnvoll erschienen sein. Heute, wo ein Großteil der Bevölkerung auf engem Raum in großen Städten lebt, erweist sich das liberale Waffenrecht als teurer Atavismus. Ebenso sind die Fortschritte auf dem Gebiet der Rassismus-Bekämpfung trotz mancherlei Bemühungen überschaubar geblieben, wie man an den Kennzahlen zur Situation der dunkelhäutigen Bevölkerung studieren kann.

Wo aber sind die Köpfe, die Amerika modernisieren wollen und dem Land ggf. eine neue Füh-

rungsrolle im 21. Jahrhundert verschaffen? Die Rückbesinnung auf Kohle-, Öl- und Gasförderung, die Wiedereinführung von Zöllen, das Bauen von Mauern und die Fokussierung auf militärische Stärke werden die Stagnation der Vereinigten Staaten von Amerika nicht aufhalten können. Selbstgefällige Festreden zum heutigen Nationalfeiertag sind fahl und helfen nicht weiter. Not täte eine selbstkritische Reflexion des Status Quo und vielleicht ein „großer runder Tisch“, an dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen einfinden.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns